

Walter Benn Michaels
Der Trubel um Diversität

Walter Benn Michaels ist Professor für englische und amerikanische Literatur an der Universität von Illinois in Chicago. Er hat u.a. die Bücher »Our America: Nativism, Modernism and Pluralism« (1995), »The Shape of the Signifier: 1967 to the End of History« (2004) und »The Beauty of a Social Problem: Photography, Autonomy, Economy« (2015) veröffentlicht.

Titel der Originalausgabe: »The Trouble With Diversity«, Picador, New York 2006/2016.

© Walter Benn Michaels, 2006

Edition

TIAMAT

Deutsche Erstveröffentlichung

1. Auflage: Berlin 2021

© Verlag Klaus Bittermann

www.edition-tiamat.de

Druck: cpi books

Buchcovergestaltung: Felder Kölnberlin Grafikdesign

ISBN: 978-3-89320-279-9

Walter Benn Michaels

Der Trubel um Diversität

**Wie wir lernten, Identitäten
zu lieben und Ungleichheit
zu ignorieren**

**Mit einem Vorwort des Autors
zur deutschen Ausgabe**

**Aus dem Englischen übersetzt
von Christoph Hesse**



**Critica
Diabolis
297**

**Edition
TIAMAT**

Inhalt

Vorwort zur deutschen Ausgabe – 7

Einleitung – 25

1 Das Problem mit der »Rasse« – 45

2 Unsere Lieblingsoffer – 75

3 Reicher, nicht besser – 107

4 Gerechte und ungerechte Belohnungen – 141

5 Wer sind wir? Warum kümmert es uns? – 173

6 Religion in der Politik: Die frohe Botschaft – 205

Schluss: Über den Autor – 227

Nachwort zur Ausgabe von 2016 – 241

Dank – 261

Anmerkungen – 264

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Im Herbst 2020 lud mich eine Gruppe deutscher Akademiker zu einem Vortrag ein, den ich im Juni 2021 halten sollte. Im Dezember 2020 wurde ich bereits wieder eingeladen; ich war nicht länger erwünscht. Warum? Weil einer aus der Gruppe, ein farbiger Professor, das Buch, das Sie gerade in der Hand halten, auf englisch gelesen und das Gefühl bekommen hatte, in Gegenwart des Autors (selbst nur bei Zoom!) würde er sich einer Art von »Gewalt« aussetzen. Um sicherzustellen, dass sich alle sicher fühlen, lud die Gruppe jemand anderen ein.

Als bloße Leser – in Gegenwart nur des Buches, nicht seines Autors – werden Sie vermutlich weniger zu befürchten haben. Doch erzähle ich Ihnen die Geschichte nicht, um Sie zu erschrecken, und auch nicht, um sie zu beruhigen. Ich möchte Ihnen damit lediglich sagen, dass »Der Trubel um Diversität« zwar auch 2006, als die amerikanische Erstausgabe erschien, schon umstritten war, die Dinge sich jedoch noch nicht so weit entwickelt hatten, dass Einspruch gegen Diversität als eine Form fortschrittlicher Politik etwa als Gewalt erachtet worden wäre. Als im Jahr 2016 die zweite Auflage erschien, war das bereits anders. Die Entstehung der »Black Lives Matter«-Bewegung und die im politischen Mainstream geführte Diskussion um Entschädigungen für die Sklaverei hatten dem Thema Antirassismus (und Antidiskriminierung im allge-

meinen) – und mithin all dem, was ich daran problematisch finde – neuen Schwung verliehen und es in den Mittelpunkt linker Politik gerückt; das Nachwort zur Neuauflage versucht zu erklären, warum.

Nun, im Jahr 2021, nach dem unerträglichen Anblick George Floyds und anderer, die um ihr Leben flehten, und nach den politischen Aktivitäten, die diese Szenen hervorgerufen haben, ist der Antirassismus sogar noch fundamentaler geworden. Fundamental aber ist er nicht für eine linke Politik; vielmehr ist er ein »militanter Ausdruck eines Liberalismus der Hautfarben«, wie Cedric Johnson es ausdrückt, eines Liberalismus, der »nicht als Bedrohung, sondern als Bollwerk« der amerikanischen Version des Neoliberalismus fungiert.¹ Warum? Weil er die zunehmende Ungleichheit, die der amerikanischen Bevölkerung zugemutet wird, verteidigt, anstatt sie zu bekämpfen. Dies bleibt wahr auch angesichts des bestehenden Missverhältnisses zwischen den ethnischen Gruppen auf der untersten Ebene der amerikanischen Gesellschaft; denn ebenso wahr ist, dass, wie der Schriftsteller Ta-Nehisi Coates sagt, »keine Statistik das fortdauernde Erbe der schändlichen Geschichte unseres Landes, das Schwarze wie Unterbürger, Unteramerikaner und Untermenschen behandelte, besser vor Augen führt als das Wohlstandsgefälle.«²

Die Statistik, an die Coates dabei denkt, ist folgende: Im Jahr 2019 betrug das durchschnittliche Vermögen weißer Familien 983.400 Dollar, das schwarzer Familien 142.000 Dollar.³ Und obschon es viele unterschiedliche Meinungen darüber gibt, wie man diese Kluft verringern könnte, herrscht weitreichende Einmütigkeit darüber, was sie verursacht hat, nämlich über zweihundert Jahre Sklaverei und weitere hundert Jahre Rassismus. Diese Tatsachen haben die weitverbreitete Ansicht befördert, dass Sklaverei und

Rassismus die »Erbünde« der USA seien, und ebenso die Behauptung, die Vorherrschaft der Weißen sei »die entscheidende Herausforderung, mit der die Vereinigten Staaten fertigwerden müssen, um das Versprechen unserer Demokratie zu erfüllen.«⁴ Sie nähren auch das gegenwärtige Gefühl, dass vor allem die zwischen den Hautfarben herrschende Ungleichheit – was nicht nur den Wohlstand, sondern auch die Polizeigewalt, der Nichtweiße im besonderen ausgesetzt sind, sowie die Gesundheitsversorgung und die Lebenserwartung selbst betrifft – überwunden werden müsse, um eine wirklich gerechte Gesellschaft zu schaffen.

Wenn wir jedoch wie Coates mit dem Wohlstandsgefälle beginnen und uns fragen, wer denn den weißen Reichtum tatsächlich besitzt, wird sogleich klar, wie irreführend überhaupt die Vorstellung weißen Reichtums ist. Denn die reichsten 20 Prozent der Weißen besitzen mehr als 85 Prozent dieses Reichtums und die mittleren 50 Prozent den Rest, während die unteren 30 Prozent gar nichts haben.⁵ Das heißt, nahezu alle Weißen verfügen über so gut wie keinen weißen Reichtum. Wenn wir uns statt der Ungleichheit des Reichtums die der Einkommen anschauen, wird dieser Eindruck sogar noch deutlicher. Die meisten Menschen, die über 200.000 Dollar im Jahr verdienen, sind weiß – doch ebenso die meisten derjenigen, die unter 10.000 Dollar verdienen, sowie derer, die unter 15.000, und auch derer, die unter 20.000 verdienen. Wenn man diesen Menschen erzählt, die Hauptursache der Ungleichheit in den USA sei die Vorherrschaft der Weißen, wissen sie, dass das nicht stimmt. Ebensogut könnte man auf die zweitgrößte Gruppe reicher Leute verweisen – die Asiaten, die genauso wie die Weißen unter den Reichen überrepräsentiert und unter den Armen unterrepräsentiert sind – und

etwa behaupten, die Vorherrschaft der Asiaten sei ein grundlegendes Problem Amerikas. Fragen Sie mal einen armen Asiaten: Es stimmt nicht.

Die grundlegende ökonomische Ungleichheit in den USA besteht nicht zwischen Weißen und Schwarzen, sondern zwischen einer relativ kleinen Anzahl reicher (hauptsächlich weißer) Leute und allen anderen: Schwarzen, Weißen, Asiaten. Die Lage ist, mit anderen Worten, gar nicht so verschieden von der in Deutschland, wo die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über etwa 66 Prozent des Nettovermögens verfügen.⁶ Und wenn Deutschland den USA darin folgen sollte, Angaben zu Hautfarbe und ethnischer Herkunft in die Bevölkerungsstatistik einzubeziehen (was nach meiner Voraussage eher früher als später geschehen wird), würde die Frage der Ungleichheit zwischen Hautfarben und Ethnien zweifellos große Bedeutung gewinnen. Warum? Weil mit zunehmender Ungleichheit unserer Gesellschaften diejenigen, die von dieser Ungleichheit profitieren, um so weniger erpicht darauf sind, über Klassenunterschiede zu sprechen, und darum desto begieriger von »Rassen« reden.⁷

In den USA hat die Rede von »Rassen« diese Aufgabe immer schon erfüllt. Gleich nach dem Bürgerkrieg erwies sich der Rassismus in Gestalt einer Vorherrschaft der Weißen auf zweierlei Weise als nützlich. Zum einen schied er die weiße Arbeiterklasse von der schwarzen. »Schwarz und Weiß, kämpft vereint« (*Negro and White, Unite and Fight*), lautete das Motto der radikalen Linken zu einer Zeit, da man weiße Arbeiter anspornte, ihre schwarzen Kollegen gleichermaßen zu verachten und zu fürchten, was sich als wirkungsvolles Mittel erwies, ihre Einheit zu verhindern. Zum andern, und das verstanden die radikalsten rassistischen Schriftsteller wie Thomas Dixon sehr

wohl, trennte der Rassismus nicht nur arme Weiße von armen Schwarzen, sondern er einte auch arme und reiche Weiße. In dem ersten Roman seiner überaus erfolgreichen Trilogie über den Ku Klux Klan beschreibt Dixon eine Gruppe von Weißen, die erfährt, dass ein weißes Mädchen von »einer verfluchten schwarzen Bestie« vergewaltigt und ermordet worden ist. »Im Nu«, schreibt er, »verschmolz die weiße Rasse zu einer einheitlichen Masse der Liebe und Anteilnahme, des Hasses und der Rache. Der Reiche und der Arme, der Gebildete und der Ungebildete, der Bankier und der Schmied, der Große und der Kleine, sie alle waren nun eins.«⁸ Auf sich allein gestellt, mögen die Reichen die Armen als Klassenfeinde ansehen; angesichts der »schwarzen Bestie« aber erkennen sie sie als »Rassenbrüder«. Wenn es etwas wie eine weiße Rasse nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Was wir, da es eine weiße Rasse ja tatsächlich nicht gibt, auch getan haben.

Damals, sagt der afroamerikanische Schriftsteller George Schuyler, ging es darum, »die Arbeiter rassenbewusst statt klassenbewusst zu machen.«⁹ Die große Neuerung unserer Zeit besteht in der Entdeckung, dass der Antirassismus das ebensogut erledigen kann wie der Rassismus. Eigentlich ist es ganz leicht: Die Oberschicht, die weiße Arbeiter einst dazu beglückwünschte, »einer Rasse von Welteroberern« anzugehören, klagt sie nun des irrigen Glaubens an, »einer Rasse von Welteroberern« anzugehören. Wohl wahr, das einzige, was gebildete Weiße mit Hochschulabschluss noch lieber mögen, als sich für ihren eigenen Rassismus zu entschuldigen (der Fachausdruck lautet »Privilegien checken«), ist, ungebildete Weiße ohne Hochschulabschluss als Rassisten anzuklagen. Und zwar zu einer Zeit, da das steilste Gefälle in der amerikanischen Gesellschaft das zwischen Gebildeten mit Hochschulab-

schluss und Ungebildeten ohne Hochschulabschluss ist und nicht etwa das zwischen Weißen und Schwarzen. In einer Untersuchung der sich verändernden Lebenserwartung von 1980 bis 2018 zeigen Anne Case und Angus Deaton, dass der Abstand zwischen der Lebenserwartung der Schwarzen und der der Weißen sich verringert hat, während der zwischen der Lebenserwartung von Menschen mit und der von solchen ohne Hochschulabschluss größer geworden ist. Heute, schließen sie daraus, »gleichen Menschen mit einem Hochschulabschluss, *ungeachtet ihrer Hautfarbe*, einander mehr als Menschen derselben Hautfarbe, die kein Bachelorexamen haben.«¹⁰ Während der Covid-Pandemie lautete die übliche Geschichte in den amerikanischen Medien, das Virus wüte unverhältnismäßig stark unter schwarzen und braunen Menschen. Allerdings wissen wir – und ein solcher Schluss entspräche dem gemeinen Alltagsverstand, wenn nicht der Liberalismus so versessen darauf wäre, jedwede Ungleichheit zu »rassifizieren« –, dass die meisten Covid-Toten unter Angehörigen der Arbeiterklasse zu finden waren.¹¹

Problematisch ist jedoch nicht, dass die Klage über Unverhältnismäßigkeit etwa unberechtigt wäre, sondern dass sie zutrifft. Im Jahr 2020 tötete die Polizei 32 unbewaffnete Schwarze, unter ihnen George Floyd und Breonna Taylor, deren Todesfälle landesweite Proteste und eine fortdauernde »Abrechnung mit dem Rassismus« hervorriefen. Im selben Jahr 2020 tötete die Polizei 32 unbewaffnete Weiße.¹² Zweifellos trauerten ihre Familien auch um sie, doch das Land als ganzes tat es nicht; niemand kennt ihre Namen. Warum nicht? Der Grund liegt auf der Hand. Selbst wenn es mehr weiße als schwarze Todesfälle gäbe, stünden letztere in einem Missverhältnis zur Anzahl der Schwarzen in der Bevölkerung. Und dieses Missverhältnis

– die Tatsache, dass Schwarze mit einer höheren Wahrscheinlichkeit als Weiße von der Polizei getötet werden – ruft Empörung hervor. Denn es legt Zeugnis ab von der Rolle, die der Rassismus dabei spielt, und der Rassismus, die Unverhältnismäßigkeit des Unglücks mehr als das Unglück selbst, wird als das eigentliche Problem betrachtet.

Vielleicht lässt sich das etwas verdeutlichen, wenn man in Betracht zieht, dass die Opfer von Polizeigewalt zwar unverhältnismäßig oft schwarze, in überwältigendem Maße jedoch arme Menschen sind. Wir haben keine verlässlichen Angaben über den wirtschaftlichen Status der von der Polizei Getöteten, wohl jedoch über den der Inhaftierten.¹³ Deren durchschnittliches Einkommen beträgt weniger als die Hälfte des Einkommens derer, die nicht ins Gefängnis kommen, und diese Statistik dürfte niemanden überraschen, denn wir wissen, dass das Drangsalieren, Festnehmen und sogar Töten unverhältnismäßig vieler armer Menschen nun einmal die Aufgabe der Polizei ist. Im 19. Jahrhundert konzentrierte sich die Verantwortung der Polizei von Chicago für das, was man bezeichnenderweise die Aufrechterhaltung der »öffentlichen Ordnung« nennt, insbesondere auf Arbeiter; allein zwischen 1875 und 1900 schickte sie »beinahe eine Million Arbeiter ... wegen belangloser Verstöße gegen die öffentlichen Ordnung« ins Gefängnis.¹⁴ Heute ist die Arbeiterbewegung von der Bildfläche weitgehend verschwunden, doch die Aufgabe, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten – zumal in einer Gesellschaft, die sogar noch ungleicher sein mag als damals – ist mindestens ebenso dringlich. Wenn wir die Polizei der unverhältnismäßigen Gewalt gegen schwarze und nicht der gegen arme Menschen anklagen, so deshalb, weil wir sehr wohl wissen, dass wir sie für die Aufrechterhaltung der Ordnung unter den und auch gegen die Armen

bezahlen. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass die Armen den Reichen nichts wegnehmen.

Darin besteht die konservative Funktion der »Rassifizierung«. Sie nimmt ein System, das dazu da ist, die Arbeiterklasse in Schach zu halten, und deutet es um in ein System rassistischer Unterdrückung – somit verwandelt sie das sozialistische Ziel, die Klassenverhältnisse abzuschaffen, in das liberale Ziel, sie fairer zu gestalten. Ich möchte, um es noch einmal zu sagen, nicht etwa behaupten, dass Rassismus bei der unverhältnismäßig häufigen Tötung unbewaffneter Schwarzer keine Rolle spiele; und gewiss nicht bestreiten, dass die Tötung von George Floyd ein abscheuliches Verbrechen war. Es geht darum, dass, wenn wir diese Unverhältnismäßigkeit und den Rassismus zum Hauptproblem erklären (darum nennt sich die Bewegung »Black Lives Matter« »Black Lives Matter«), wir ein Problem schaffen, das der neoliberale Kapitalismus lösen will, indem er der Diskriminierung ein Ende setzt – während wir zugleich das Problem ignorieren, das der neoliberale Kapitalismus selbst darstellt: die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital. Falsch an der Identitätspolitik ist, mit anderen Worten, dass sie nur solche Ungerechtigkeiten zur Kenntnis nimmt, die durch Diskriminierung (Rassismus, Sexismus, Homophobie) hervorgebracht werden. Die Ungleichheiten, die jedem von uns in jedem Augenblick dadurch entstehen, dass Arbeiter weniger bezahlt bekommen als den Wert dessen, was sie produzieren, werden außer Acht gelassen oder, schlimmer, als normal erachtet.

Oder sie werden, noch schlimmer, gegen jedwede Klassenpolitik in Anschlag gebracht. Deutlich wurde das während des Vorwahlkampfes der Demokraten im Jahr 2016, als Hillary Clinton anfang, Bernie Sanders seine Kritik des Kapitalismus vorzuwerfen, indem sie die versammelte

Menge fragte: »Wenn wir die großen Banken morgen auflösen, würde das dem Rassismus den Garaus machen... würde es dem Sexismus ein Ende setzen?«¹⁵ Sie wollte zeigen, dass Sanders' Beschäftigung mit Klassen all die Themen – nämlich Identitäten – ignoriere, die ihre Leute beschäftigten. Eingehämmert wurde einem das noch einmal von Nobelpreisträger Paul Krugman, der in der *New York Times* behauptete, Sanders' Engagement für die Gleichheit aller Einzelnen sei ein »Hirngespinnst«, denn »dass einer sich zumindest teilweise durch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe definiert, ist Teil der menschlichen Natur.«¹⁶ Die Gruppen, die er im Sinn hatte, waren »ethnische Minderheiten«, und er wollte damit sagen, dass »individuelle« Gleichheit weniger wichtig sei als das, was Entwicklungsökonominnen »horizontale« Gleichheit nennen, nämlich eine Gleichheit zwischen Gruppen. Es ging also darum, Schwarze und Weiße gleichzustellen. Doch selbst wenn es irgendwie gelänge, das Wohlstandsgefälle zwischen Weißen und Schwarzen zu beseitigen, bliebe das zwischen Reichen und Armen davon natürlich unberührt. Ökonomisch gesprochen: Gleichheit der »Rassen« ist Gleichheit ohne Gleichheit.

Darum ist sie bei amerikanischen Unternehmen so beliebt. Dem *Wall Street Journal* zufolge haben die Unternehmen bis Ende 2020 insgesamt 35 Milliarden Dollar für die Förderung dieser Art Gleichheit ausgegeben.¹⁷ Es gibt eine Internetseite – den *Corporate Racial Equity Tracker*, schauen Sie sich den mal an!¹⁸ –, die einen über all das auf dem laufenden hält, nicht nur über finanzielle Zuwendungen, sondern auch über Diversitätstrainings, Entgeltgleichheit, schlechthin alles. Doch es gibt keine Internetseite, die den Fortschritt der Unternehmen in Richtung Sozialismus verfolgt. Manche leitende Angestellte mögen

weniger enthusiastisch sein als andere, die Unternehmen selbst jedoch begreifen sehr wohl, dass die Förderung solcher Gleichheit gut für ihr Geschäft ist. Wenn eine Firma wie Goldman Sachs erklärt: »Die Schaffung und Erhaltung einer diversen und inklusiven Arbeitsumgebung ist absolut unabdingbar«, und sodann eine Milliarde Dollar stiftet, um Geschäfte von Schwarzen zu fördern, wird die Begeisterung mancher Partner gewiss weniger absolut sein als die anderer. Doch das muss sie auch gar nicht. Das Geschäft von Goldman Sachs besteht darin, den Kunden »Rat und Kapital« bereitzustellen, und weder Rat noch Kapital nähmen Schaden, wenn eine Belegschaft sie bereitstellen würde, die, so Goldmans Ziel, künftig aus 50 Prozent Frauen, 11 Prozent Schwarzen und 14 Prozent Hispanos und Latinos bestehen soll.¹⁹ Wäre Goldman dem Sozialismus gleichermaßen verpflichtet wie dem Antirassismus, wäre der Widerspruch zwischen seinem Geschäft (Bereitstellung von Kapital) und seinem Ideal (den Kapitalismus zu beenden) wahrhaftig »absolut«.

Solcherart Großzügigkeit verstehen nicht nur Gemäßigte wie Clinton und Biden, sondern auch Leute, die auf der von Kimberlé Crenshaw so genannten »tiefen Kluft zwischen Liberalen und Radikalen in Fragen des Rassismus« bestehen und sich selbst als Radikale begreifen.²⁰ Doch was sollen wir mit einem Radikalismus anfangen, der jemanden kritisiert, der einem linken Präsidentschaftskandidaten zumindest näherkommt als sämtliche Kandidaten, die die USA in den letzten 75 Jahren hervorgebracht haben, und ihn im Vergleich ausgerechnet mit amerikanischen Unternehmen heruntermacht? Der *New York Times* erzählte Crenshaw (nach dem »elektrisierenden« Tod von George Floyd): »In diesem Augenblick sagt jedes Unternehmen, das sein Geld wert ist, etwas über strukturellen

Rassismus und Vorurteile gegen Schwarze, und das geht sogar weit über das hinaus, was Kandidaten der Demokratischen Partei [sie meint Bernie Sanders] von sich geben.«²¹ Nach welchem Kriterium ist Sanders' Klassen-Egalitarismus weniger radikal als Goldman Sachs' »Rassen«-Egalitarismus?

Die Antwort können wir Crenshaws eigener Erfindung der Intersektionalität entnehmen, die anfangs kritisierte, wie die »vorherrschenden Konzepte von Diskriminierung« die Position schwarzer Frauen unkenntlich machten. Im Falle geschlechtlicher Diskriminierung, schrieb sie, »richtet sich die Aufmerksamkeit auf Frauen, die durch Hautfarbe und Klassenzugehörigkeit privilegiert sind« (das heißt weiße Frauen der Mittelschicht), im Falle rassistischer Diskriminierung »auf Schwarze, die durch Geschlecht oder Klassenzugehörigkeit privilegiert sind« (das heißt hauptsächlich Männer der Mittelschicht).²² mit dem Ergebnis, dass man sich auf die »privilegiertesten Mitglieder der jeweiligen Gruppe« konzentriert und diejenigen marginalisiert habe, die »mehrfach belastet« waren (arme, schwarze Frauen). Indem sie »Rasse«, Klasse und Geschlecht sowie den jeweiligen Unterschied in Betracht zog, wollte die Intersektionalität den Blick neu justieren. Was sie radikal macht, ist genau das: dass sie sich nicht auf eine Form der Unterdrückung beschränkt, sondern jede Form von Unterdrückung berücksichtigt.

In den USA klagen Leute manchmal (nicht zu Unrecht) darüber, dass man bei der Dreifaltigkeit von »Rasse, Klasse, Geschlecht« dazu neigt, mit der Klasse kurzen Prozess zu machen. Doch der wesentliche Beitrag (und das Problem mit) der Intersektionalität wird sogar noch deutlicher, wenn man die Klassenzugehörigkeit ernst nimmt, wie es in dem faszinierenden Buch »Rückkehr nach

Reims« (*Retour à Reims*, 2009) des französischen Soziologen Didier Eribon der Fall ist. Da versucht ein Autor, der so erfolgreich über die Mechanismen der Herrschaft geschrieben hat (insbesondere in den »Betrachtungen zur Schwulenfrage«), seine Nachforschungen auf die »gesellschaftliche Herrschaft« auszudehnen.²³ Ein Vorhaben, das besonders dadurch hervorsteicht, dass Eribon einerseits schwul und andererseits in eine Arbeiterklassenfamilie hineingeboren worden ist; weswegen er über die Konstruktion sowohl einer Arbeiterklassenidentität als auch einer schwulen Identität Auskunft geben kann. »Rückkehr nach Reims« zeigt exemplarisch, was es bedeutet, als schwuler Mann und als Angehöriger der Arbeiterklasse gleichermaßen unterdrückt zu werden, und hilft uns, das Verhältnis von beidem zu verstehen.

Eribon begreift Homophobie als eine von einer heterosexuellen Gesellschaft auferlegte »Bestimmung dessen, was ein Paar, was eine Familie sein sollte«. Nicht Heterosexualität als solche sei das Problem, sondern das Bestreben, sie zur Norm zu erheben und somit Homosexualität für »minderwertig« zu erklären. Ein Problem deshalb, weil Homosexualität in *keiner* Hinsicht schlechter als Heterosexualität ist. Das ist in der Tat das überzeugendste Argument aller identitären Bewegungen: Frauen sind nicht schlechter als Männer, Schwarze nicht schlechter als Weiße. Die ganze Identitätspolitik beruht auf der Erkenntnis, dass alle Identitäten gleich sind und darum die Techniken der Herrschaft, die eine der anderen unterordnen, allem Anschein nach illegitim.

Wenn man es so darstellt, erkennt man jedoch bereits das Missverhältnis zwischen der Beherrschung sexueller oder ethnischer Minderheiten einerseits und Klassenherrschaft andererseits: was auch Eribons Bemerkung nahelegt, es sei

ihm »leichter« gefallen, »über sexuelle als über Klassenscham zu schreiben«. Was er im Grunde meint, ist, dass er sich seiner sozialen Identität sogar noch mehr schämte als seiner sexuellen. Das Problem ist allerdings noch gravierender. Denn zum einen handelt die Geschichte seiner sexuellen Identität davon, wie er akzeptierte, wer er ist, wohingegen die Geschichte seiner sozialen Identität besagt, dass er aufhörte zu sein, wer er war. Zum andern findet die sexuelle Geschichte der Verwandlung von Scham in Stolz in der ökonomischen keine Parallele. Wer seine Scham, schwul zu sein, überwindet, akzeptiert seine Sexualität; wer hingegen seine Scham, arm zu sein, überwindet, akzeptiert noch keineswegs seine Armut. Es ist eine Sache, sich seines Armseins nicht länger zu schämen; eine ganz andere aber, seine Armut bereitwillig anzunehmen.

Der Grund ist natürlich, dass die vermeintliche Minderwertigkeit farbiger Menschen, Frauen und Schwuler ein Effekt der schameinflößenden Disziplinartechniken ist, denen sie unterworfen sind. Beseitigt man diese Techniken oder erkennt sie auch nur als illegitime Konstrukte einer falschen Normativität, kann man das Gefühl von Minderwertigkeit überwinden. Beseitigt man jedoch die Scham, die Eribons Mutter empfand – die gezwungen war, Knochenarbeit in zwei Jobs zugleich zu verrichten, und selbst davon kaum leben konnte –, hat man an ihrer Klassenlage nicht das geringste geändert. Eribon fragt, warum bestimmte Teile der Bevölkerung – Schwule, Lesben, Transsexuelle oder Juden, Schwarze etc. – die »soziale« und »kulturelle Last« der Herrschaft tragen müssten. Niemand aber braucht zu fragen, warum das Kapital über die Arbeit herrscht – einfach deshalb, weil es sie ausbeuten muss.

Von diesem Standpunkt lassen sich die befreiende Wirkung ebenso wie die konservative Funktion der Kritik der

Normativität begreifen. Die befreiende Wirkung auf jedwede Identität besteht darin, dass man nicht länger verfolgt wird, weil man ist, wer man ist. Die Arbeiterklasse aber ist keine Identität, und wenn man sie wie eine behandelt, nämlich Opfer von Ausbeutung behandelt, als wären sie solche von Diskriminierung, bestätigt man die Schichtung der Klassen und stellt sie nicht in Frage. Genau das tut Eribon. Seine Arbeiter stellt er sich als unterwürfige Identitäten vor, als Opfer von »Scham« (diese Beschreibung kommt mindestens ein dutzendmal in diesem kleinen Buch vor). Sobald er aber von der Scham auf die materiellen Bedingungen der Ungleichheit zu sprechen kommt (etwa das Bildungswesen, das Arbeiterkinder in unqualifizierte Berufe drängt), verwandelt er sie in Opfer von Diskriminierung.²⁴ Das Problem, das er beschreibt, besteht darin, wie man das Stigma loswird, das Leute davon abhält, der Arbeiterklasse zu entfliehen. Das eigentliche Problem besteht jedoch nicht darin, wie man Leuten helfen könnte, ihr zu entfliehen – es geht darum, die Bedingungen der Arbeiterklasse selbst zu ändern.

Wenn es um »Rasse« und Geschlecht geht, schafft Antidiskriminierung soziale Gerechtigkeit; was die Klassenslage betrifft, so schafft sie soziale Gerechtigkeit nur für Liberale. Für die Linke besteht das Problem mit der Arbeiterklasse allerdings nicht darin, dass die Menschen, die ihr angehören, unfair behandelt würden; die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse selbst ist die Ungerechtigkeit, die notwendig ist für den Kapitalismus, damit er überhaupt bestehen kann. Aus diesem Blickwinkel erscheint Eribons Karriere durchaus faszinierend, weil sie den Unterschied zwischen der Überwindung der Hindernisse eines Schwulen in einer heteronormativen Gesellschaft und der Überwindung der Hindernisse eines Abkömmlings der Arbeiter-

klasse in einer kapitalistischen Gesellschaft exemplarisch vor Augen führt. Die Beseitigung der Homophobie bedeutet einen Sieg für jeden Schwulen; die der Vorbehalte gegen Arme wäre ein Sieg aber nur für Leute, denen es dadurch gelingt, der Armut zu entkommen, sowie für die Klassenverhältnisse selbst, die somit vollständig intakt blieben.

Das gleiche gilt für Crenshaws Intersektionalität. Sie beschreibt eine Kontroverse aus den 1980er Jahren über die Beschäftigung von Minderheiten an der juristischen Fakultät der Universität Harvard als Durchbruch für die »entstehende rassismuskritische Bewegung«, weil damit »ein neues Konzept der Verteilung von Juraprofessuren zum Ausdruck gebracht« worden sei, nämlich von »Ressourcen, die mit farbigen Communitys geteilt werden sollten.«²⁵ Inwiefern jedoch sollte die Berufung farbiger Professoren als eine Teilung der Ressourcen mit »farbigen Communitys« in Betracht kommen? Damit arme schwarze Arbeiter glauben könnten, sie bekämen einen Teil der Ressourcen reicher schwarzer Angestellter, müssten sie erst einmal vergessen, dass die Gehälter der sehr gutbezahlten Leute, die den amerikanischen Kapitalismus am Leben erhalten, von der Arbeit der sehr schlechtbezahlten Leute bezuschusst werden, die dasselbe leisten. Vor einem Jahrhundert hofften die Rassisten, die Weißheit allein möge aus Klassenfeinden »Rassenbrüder« machen. Bisweilen tun die Antirassisten heute so, als könne die Zugehörigkeit zu »farbigen Communitys« das gleiche Ziel erreichen; so als könnten sie, frei nach Zine Magubane, das Unrecht der Sklaverei wiedergutmachen, indem sie die Klasse der Sklavhalter diversifizieren.²⁶

Besonders bemerkenswert ist, dass Crenshaw die im wesentlichen durch ihren Gegensatz bestimmten Klassen-

unterschiede auch dann nicht wahrhaben will, wenn sie über ein Buch wie Mark Lillas »Der einstige und künftige Liberale« (*The Once and Future Liberal*, 2017) spricht. Lilla wettet in diesem Buch gegen Identitätspolitik, und Crenshaw nimmt ihm das in ihrer Rezension übel (denn Lilla verkörpert den Liberalen im Unterschied zu dem von ihr imaginierten Radikalen). Tatsächlich haben sie jedoch vieles gemein. Auch wenn er glaubt, er sei gegen Identität, so ist das, was er wirklich will, nur eine andere Form derselben: nicht schwarz oder braun, sondern »amerikanisch«. Und was diese Identität seiner Ansicht nach überwinden müsse, sei die »Fixierung der amerikanischen Progressiven auf Klassen«.²⁷ Anders gesagt, Lilla wünscht sich von der amerikanischen Identität das gleiche, was Crenshaw sich von der Zugehörigkeit zu farbigen Communitys erhofft: »eine Art Identifikation der Begünstigten und der Benachteiligten«.

So betrachtet, beschreiten Crenshaws liberaler Identitarismus und Lillas liberaler Antiidentitarismus nur zwei unterschiedliche Wege zu ein und demselben Ziel, das in der amerikanischen Politik traditionell darin besteht, die allgemein egalitären Ziele des Sozialismus vom Tisch zu wischen. »Der Trubel um Diversität« lautet im Untertitel »Wie wir lernten, Identitäten zu lieben und Ungleichheit zu ignorieren«, da ich die Beschäftigung mit Identitäten nicht einfach deshalb für falsch halte, weil sie von ökonomischer Ungleichheit ablenkt, sondern weil sie ein Modell liberaler Gerechtigkeit bereitstellt, das seinerseits eine Alternative zu ökonomischer Gleichheit bietet. Mehr noch, sie hat kein Problem mit ökonomischer Ungleichheit, solange diese nicht das Produkt von Rassismus, Sexismus oder einer anderen Art von Diskriminierung ist. Somit ignoriert sie das Ausmaß, in welchem Ungleichheit das

unvermeidliche Produkt selbst eines antirassistischen ebenso wie antisexistischen Kapitalismus wäre. Es geht nicht darum, dass Antirassismus etwa nicht gut wäre – vielmehr darum, dass er *an sich* nicht gegen den Kapitalismus ist und *selbst* sogar eine Möglichkeit bietet, diesen zu legitimieren.

Darum hat der deutsche Autor Ingo Ahrend, wenn er »kulturelle« und »symbolische« Kämpfe gegen »die heteronormative Zwangsjacke« und den »materiellen Klassenkampf« als »zwei Seiten einer Medaille« beschreibt, teils recht und zugleich vollkommen unrecht. Recht hat er, wenn er sagt, dass wir unbedingt gegen Heteronormativität ebenso wie gegen Rassismus, Sexismus und Transphobie kämpfen sollten. Unrecht aber mit der Behauptung, diese Kämpfe seien eher symbolisch als materiell und die andere Seite der antikapitalistischen Medaille. Die durchaus materielle Politik der Antidiskriminierung bietet eine Möglichkeit, die Klassenverhältnisse zu erhalten, und wenn man gewährleistet, dass kein Rassismus schwarze Menschen daran hindert, reich zu werden, ist das nicht die andere Seite des Kampfes für materielle Gleichheit, sondern das genaue Gegenteil.

Ob das Engagement für Identitäten sich bei der Kaltstellung jedweder Klassenpolitik in Deutschland als ebenso nützlich erweisen wird wie in den USA, weiß ich nicht. Doch es scheint, wie bereits angedeutet, zumindest eine Faustregel zu sein, dass Länder, je weniger Interesse sie an einer Änderung der Verhältnisse haben, die die Kluft zwischen Reich und Arm erhalten und sogar vergrößern, desto mehr Interesse daran haben, Antirassismus und Antisexismus in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu stellen. Wenn es stimmt, dass »aus den 28 Ländern, die der Organisation für wirtschaftliche Zusam-

menarbeit und Entwicklung Daten über die Verteilung des Reichtums übermitteln, Deutschland und die Vereinigten Staaten hervorstechen«, ²⁸ und zwar deshalb, weil »die Lage sich verschlechtert«, mögen Sie daraus Ihre eigenen Schlüsse ziehen. Meine Vermutung ist, dass Sie verloren sind. Meine Hoffnung allerdings, dass ich unrecht behalte.